

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1238.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Krusch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkadt

Abonnementpreis (einschließlich Bringerlohn vom 18. bis 31. August) 600 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 250 000.— M., Einzelnummer 40 000.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25291.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25291.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gepalte Reklamereihe 50 000.— M., auswärts 60 000.— M., die 3gep. Reklamereihe 200 000.— M., auswärts 250 000.— M., Ausland 200 000 u. 300 000 M. Bei mehrmal. Aufg. Ermäßig. Familien anzeig. Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rab. für Briefwechsl. 50 000 M.

Nr. 193

Dresden, Montag den 20. August 1923

34. Jahrg.

Die Notlage der sächsischen Industrie

Aus der Staatskanzlei wird uns geschrieben:

Bei dem sächsischen Arbeitsministerium haben Beratungen der sächsischen Industrie die dringendsten und nachdrücklichsten Klagen darüber erhoben, daß es einer großen Anzahl von Firmen nicht möglich ist, die mit ihren Arbeitnehmern vereinbarten Löhne und Beihilfen auszuführen, weil ihnen seitens der Banken, insbesondere seitens der Reichsbank, nicht der genügende Kredit eingeräumt werden kann. Das sächsische Arbeitsministerium hat sich an das Reichswirtschaftsministerium gewandt, um eine Behebung der finanziellen Notlage der sächsischen Industrie durch weitgehende Kreditgewährung seitens der Reichsbank herbeizuführen. Das Arbeitsministerium hat in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Arbeitnehmer in dieser Zeit der furchtbaren Not in das größte Elend geraten, wenn die Löhne und Beihilfen nicht zur Auszahlung kommen.

In weiterem sei die Erscheinung beobachtet worden, daß die Arbeitnehmerschaft durch die Nichtauszahlung der Löhne in gewaltige Erregung kommt, weil sie irrtümlich annimmt, es liege eine bewußte Absicht von Seiten der Industrie vor. Außerdem betrachtet die Arbeitnehmerschaft das Versagen der nichtzahlungsfähigen Firmen als den Bruch gegebener Versprechungen. Diese Notlage und diese Stimmungen sind bei den jetzigen auf äußerste gespannten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen von der allergefährlichsten Bedeutung. Das sächsische Arbeitsministerium hat daher das Reichswirtschaftsministerium in Berlin dringlichst gebeten, mit allem denkbaren Nachdruck auf die Kreditinstitute, insbesondere die Reichsbank, sofort dahin einzuwirken zu wollen, daß sie den kreditbedürftigen Firmen die zur Auszahlung der Löhne und Beihilfen erforderlichen Kredite schnellstens zur Verfügung stellen. Dem Herrn Reichsarbeitsminister ist gleichfalls eine Abschrift dieses Schreibens mit der dringenden Bitte um Unterstützung zugeteilt worden.

Durch die rasenden Preissteigerungen in den letzten Tagen haben sich auf dem Gebiete der Lohnpolitik Dinge ereignet, die auf die Dauer unhaltbar werden müssen. Es muß der sächsischen Arbeiterschaft klar gemacht werden, daß solche willkürliche aus dem Rahmen herausstreichende Lohnerhöhungen und Beihilfen nicht nur die sächsische Industrie schädlichen, sondern auch die Arbeitnehmerschaft. Beim sächsischen Arbeitsministerium sind in der letzten Zeit eine ganze Anzahl Anträge auf Verrieselung eingegangen. Die Anträge werden damit begründet, daß die Industrieverträge nicht die Kapitalisten aufbringen können, um zur rechten Zeit die Löhne und Gehälter zur Auszahlung zu bringen. Die sächsische Arbeitnehmerschaft wird und muß einsehen, daß eine unregelmäßige Lohnpolitik, die ganz aus dem Rahmen der Lohnverhältnisse der übrigen Bezirke Deutschlands fällt, letzten Endes zu einem Erlernen der sächsischen Industrie führt. Es muß unter allen Umständen versucht werden, die Lohnlämbe in geregelte Bahnen zu lenken und es wird Aufgabe der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften sein, in diesem Sinne die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Die dann vereinbarten Löhne und Beihilfen müssen im Interesse der Arbeitnehmerschaft selbst auch für die Arbeitnehmerschaft als bindend anerkannt werden, und es geht zu klären nicht mehr an, daß in einzelnen Orten die Arbeitnehmerschaft außerhalb des Rahmens der Vereinbarungen besondere Wünsche vom Unternehmer ertröstet. Damit würde der gesunde Boden der Tarifverträge vernichtet werden. Das Interesse der Arbeiterschaft gebietet, daß derartige Unfluthen und Unzuverlässigkeiten in Zukunft unter allen Umständen vermieden werden. Das Arbeitsministerium wird die Arbeiterschaft in ihrem berechtigten Wohlwille nach einem Reallohn, der auch den Preissteigerungen zu folgen hat, auf das kräftigste unterstützen. Das kann aber nur geschehen auf dem Wege einer tarifvertraglichen Vereinbarung. Die Festsetzung eines neuen Lebensunterhaltungsindex wird jede Woche durch das statistische Landesamt und einer Kommission, worin die Gewerkschaften vertreten sind, erfolgen. Dieser Entwicklungsfaktor, der amtlich bekanntgegeben wird, soll der Arbeitnehmerschaft bei der Anpassung der Löhne und Gehälter an die jeweilige Preissteigerung sichern. In dieser Richtung zu arbeiten, gebietet das Interesse der Arbeiterschaft. Das sächsische Arbeitsministerium hat angeordnet, daß eine entsprechende Anweisung an die Schlichtungskommissionen und Demobilisierungskommissionen erteilt, die Tarifverträge in beschleunigter kurzer Frist zu vereinbaren.

Die Zuschrift der sächsischen Regierung zeigt, in welche Schwierigkeiten infolge der schnell fortschreitenden Geldentwertung auch die Unternehmer gekommen sind. Ein großer Teil unserer Industrie und unfreies Großhandels hat bisher aus der Geldentwertung großen Nutzen gezogen. Man hat verhältnismäßig geringe Löhne gezahlt, aber Goldpreise für seine Erzeugnisse bekommen. Von diesen konnten bedeutende Kapitalien angehäuft werden. Aber jetzt ist die Geldentwertung auch zu einer Gefahr für den Bestand vieler Unternehmungen geworden. Dem schnellen Steigen aller Betriebskosten, das infolge der Geldentwertung eintritt, sind viele Unternehmer nicht gewachsen. Die mit hohen Kosten fabrizierten Waren können meist erst allmählich verkauft werden, so daß nur langsam den Unternehmungen erhöhte Mittel aus dem Erlös ihrer Waren zufließen.

Nun soll der Staat in Unternehmern helfen. Die von den bürgerlichen Parteien so arg bekämpfte sozialistische Regierung Sachsens muß beim Reiche und bei der Reichsbank

um Kredite für die sächsische Industrie nachsuchen. Man könnte den Herrschaften ihre Nöte gönnen. Sind es doch gerade unsere Unternehmer und ihre Vertreter im Reichstage gewesen, die sich so lange dagegen gestraubt haben, daß energische Maßnahmen gegen unser Währungsselekt unternommen wurden. Das Schlimmste ist, daß die Arbeitnehmerschaft durch den Kapitalmangel der Unternehmer so schwer betroffen wird. Deswegen muß natürlich alles, was möglich ist, getan werden, um zu verhüten, daß die Arbeiter in Massen auf die Straße geworfen werden.

Einheitsfront Stresemann—Zeigner

Unter dieser Überschrift bringt die kommunistische Sächsische Arbeiterzeitung die von uns bereits wiedergegebene offizielle Meldung über die Unterredung des Ministerpräsidenten Zeigner mit Stresemann. Im Anschluß daran leistete sich das kommunistische Blatt einige Niederträchtigkeiten gegen den Genossen Zeigner. Es erklärt, daß es nicht davon überrascht sei, daß Zeigner der junge Mann des Herrn Stresemann sei. Man wisse jetzt in Sachsen, was man von diesem Ministerpräsidenten und seiner Regierung zu halten habe. Zeigner sei selbstverständlich auch diesmal zurückgewiesen. Kein Wort über Geßler sei in der Meldung, keine Ankündigung, daß der Landtag einberufen wird, um die Dokumente zu veröffentlichen. Die sächsische Arbeiterschaft werde sich die Verantwortung einiger linker Kampfmänner der Ober- und Weis nicht gefallen lassen. Eine Regierung, die diese Politik fortsetze, müsse von der Arbeiterschaft mit dem gleichen Plan weggesagt werden, wie die Bud-Sipinski-Clique.

Die Kommunisten scheinen es jetzt in Sachsen nun auch auf Bruch angelegt zu haben. Die Zeit sächsischer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, die so gute Erfolge für die Arbeiterschaft gemacht hat, hat den sächsischen Kommunisten schon zu lange gedauert. Sie haben es offenbar darauf abgesehen, eine neue Krise und neue Verwirrungen in Sachsen heraufzubekommen. Sie wollen die Regierung Zeigner, die so entschieden die Interessen der Arbeiterschaft gemehrt hat, verhindern, ihre Arbeit im Interesse des Proletariats fortzusetzen.

In der Sächsischen Arbeiterzeitung wird die sächsische Arbeiterschaft zur höchsten Wachsamkeit aufgerufen. Allerdings, diese Wachsamkeit ist notwendig. Es muß verhindert werden, daß durch die Kommunisten die Existenz der Regierung Zeigner gefährdet wird. Vor allen Dingen müssen die Arbeiter, die der kommunistischen Partei angehören, auf der Hut sein. Sie dürfen nicht dulden, daß die proletarische Einheitsfront in Sachsen durch die kommunistischen Führer gespalten wird.

Woher die Sächsische Arbeiterzeitung den Mut nimmt, zu erklären, selbstverständlich sei Zeigner auch diesmal zurück-

gewiesen, wissen wir natürlich nicht. Diese Behauptung hat sich das Blatt glatt aus den Fingern gezogen. In der Angelegenheit Geßler wird Genosse Zeigner in dieser Woche erneut in Berlin vorstellig werden.

Habenstein will frogen!

Aus Berlin wird uns geschrieben: Herr Habenstein sitzt immer noch im Reichsbankdirektorium. Das Ultimatum der Sozialdemokratie hat er gestiftet und ausgenommen durch den deutschnationalen Herrn Geßler, nicht zum Erfolg seines Rücktritts gekommen. Es werden deshalb jetzt die notwendigen Schritte unternommen werden, um den Förderer der deutschnationalen Interessen in der Reichsbank mit Schimpf und Schande davon zu jagen. Zunächst wird die sozialdemokratische Fraktion am Montag mit dem Reichskanzler über die Angelegenheit Rücksprache nehmen. Von dem Ausgang dieser Besprechung hängt es ab, ob der beschriebene Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags notwendig ist.

Der Kohlenwucher

Deutsche Kohle 1 1/2 mal teurer als englische!

Aus Berlin wird gemeldet: Der Magistrat der Stadt Berlin hat die Regierung darauf hingewiesen, daß von Montag an die englische Kohle 35 Millionen Mark kostet, während der Preis der deutschen Kohle auf 85 Millionen Mark zu stehen kommt. Die gesamte Wirtschaft, insbesondere Gas-, Elektrizitäts- und Verkehrsunternehmungen, müßten unerschwingliche Preise stellen. Weitere Erhöhungen der Löhne und Gehälter wären die unabwendbaren Folgen. Die Steigerung der Kohlenpreise zerrütete die Wirtschaft.

Der Berliner Magistrat hat recht, die deutsche Kohlenpreispolitik ist unerträglich und unhaltbar. Die neuen Zuschläge zu den Kohlenpreisen, die für rheinisch-westfälische 63, für sächsische Kohle 56 Prozent betragen, treiben den deutschen Kohlenpreis erheblich über den Weltmarktpreis hinaus. Das übersteigen der Weltmarktpreise kann, wenn es länger andauert, für die deutsche bearbeitende Industrie eine die Weltbewerbsfähigkeit vernichtende Belastung herbeiführen. Der Reichswirtschaftsminister hat nach einer Berliner Meldung beantragt, daß die zuständigen Organe der Kohlenwirtschaft bereits am 21. August zusammentreten, um zu der nicht haltbaren Lage Stellung zu nehmen. Aus gleichen Erwägungen hat die Geschäftsführung des Reichskohlenverbandes bei dem Reichsminister der Finanzen die Aufhebung der Kohlensteuer beantragt. Es ist höchste Zeit, daß der Preispolitik der Kohleninteressenten eine andre Grundlage gegeben wird, die den ungeheuren Wucher endlich einmal unterbindet. Hier muß die neue Regierung sofort eingreifen!

Die Ernährungsminister hören nicht

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Konferenz der Ernährungsminister der Länder, die am letzten Freitag stattfand, hatte ein verhältnismäßig dürftiges Ergebnis. Die Vorschläge der mitteldeutschen Ernährungsminister (Sachsen, Braunschweig, Thüringen, Anhalt), die schon vor längerer Zeit dem Reichsernährungsminister zugegangen waren und die ein Zurückgreifen auf die Wege der Zwangsverteilung forderten, fanden wenig Gegenliebe. Auch von irgendeinem Eingehen auf die Vorschläge der Gewerkschaften hört man nichts.

Für die Getreidebewirtschaftung wird die Umlage abgelehnt. Das Reichsernährungsministerium will eine Art Vorkaufverpflichtung, besonders für die minderbemittelten Schichten, treiben, und zwar zunächst für den Zeitraum vom 15. Oktober bis 15. April. Bis zum 15. Oktober soll die Vorkaufverpflichtung geführt werden. Ueber die näheren Methoden ist man sich im Ministerium noch nicht ganz klar, auch nicht darüber, ob für die Zeit von Oktober bis April Vorkaufverpflichtung oder Vorkauf für die minderbemittelten in Frage kommen. Ueber die Preisbildung wurde ebenfalls kein neuer Vorschlag gemacht, also freier Handel wie bisher. Bezüglich soll der Zucker jetzt völlig der freien Wirtschaft ausgeliefert werden, jedenfalls soll es künftig keine Zwangswirtschaften mehr geben. Die Kartoffelfrage wurde als Kreditfrage erklärt und behandelt. Man vertritt sich viel Hilfe von der neuen Kartoffel-Kreditbank, die der frühere Staatssekretär Peters gründete. Die Bank soll in erster Linie dem Handel dienen und vom Reich Kredite erhalten. Daneben sollen die Kommunalerwerbende zur Kartoffelversorgung selbst sich Geld beschaffen. Hierfür sind ebenfalls Erleichterungen in der Kreditfrage von der Reichsbank vorgesehen. Schließlich sollen die großen Unternehmungen Vorkäufe gewähren, damit die Arbeiter zu gegebener Zeit sich mit Kartoffeln einkaufen können. Für die Waagestellung hat das Reichsernährungsministerium infolge der Vorlage getroffen, als die Kartoffeln in der Dringlichkeitsliste, die das Ministerium, ähnlich wie im Kriege, aufgestellt hat, an die erste Stelle gesetzt wurde. In diesem Jahre müssen bei dem Mangel an gebaktem Roggen (infolge der Ruhrbeschleunigung) ungedeckte Waren beim Kartoffelkandor verwendet werden. Man hofft aber, diesem Mangel mit Hilfe des in diesem Jahre reichlich zur Verfügung stehenden Strohs begegnen zu können.

Für die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Fett hatten die mitteldeutschen Ernährungsminister verlangt, die Großindustrie solle dem Reich durch Gewährung von Krediten eine stärkere Fettinjektur ermöglichen. Das sei nach Auffassung des Ministeriums bereits vor kurzem geschehen. Dem Fettmangel seien im Augenblick genügend Devisen zugeteilt worden. Die Fett- und Margarineversorgung habe sich derartlich gebessert. In Berlin

sei sogar im Abzug von Margarine eine leichte Steigerung eingetreten. Ueber die Butterfrage wurde nicht eingehender gesprochen. Der von den mitteldeutschen Ernährungsministern vorgeschlagene Reichshöchstpreis für Milch fand keine Annahme. Die Einwände besagen, ein niedriger Milchpreis vertriebe die Milch und ein dem freien Marktpreis fast angepasster Milchhöchstpreis habe seinen Zweck verfehlt. Im übrigen wurde, zur Heberzeugung mancher Konferenzteilnehmer, festgestellt, daß auch Länder ohne Milchhöchstpreis einen verhältnismäßig niedrigen Milchpreis haben. Berlin hatte z. B. einen Milchpreis zwischen 50 000 und 70 000 M., als Schmettern und Oldenburg bereits einen solchen von 100 000 M. hatten. Vom Reichsernährungsministerium, dessen Brachtenpolitik scharf kritisiert wurde, forderte man Brachtenermäßigung für die Milch. Vom Reichsernährungsministerium werden Hilfsmaßnahmen zur Verbilligung der Milch für die minderbemittelten (stillende Mütter und dergleichen) in Aussicht gestellt.

Für besonders bedenklich halten wir es, daß die Ernährungsministerkonferenz sich nur mit Kreditmaßnahmen für die Kartoffelversorgung begnügen will. Wenn es nicht gelingt, rechtzeitig Kartoffeln in großen Mengen in die Städte und Industriebezirke zu schaffen, so haben wir im Winter eine Hungerkatastrophe zu befürchten. Die Durchführung einer Kartoffelumlage dringend notwendig, durch die dafür gesorgt wird, daß vor allen Dingen einmal die Menschen die nötigen Kartoffeln erhalten, ehe die Schweine versorgt werden.

Die Durchführung der Umlage könnte erleichtert werden, wenn man für die Kartoffelversorgung ein wertbefähigtes Zahlungsmittel schafft, etwa besondere Kartoffelgutscheine, die von dem Reiche nach dem jeweiligen Stand des Geldwertes in Papiermark einzulösen wären. Dadurch würde man den Landwirten den Anlaß nehmen, ihre Kartoffeln zurückzuhalten, weil sie darauf rechnen, daß infolge der fortschreitenden Geldentwertung die Kartoffelpreise steigen werden. Zwar ist es jedem Landwirt sehr schon möglich, die Papiermarkbeträge, die er für seine Kartoffeln bekommen kann, sofort wertbefähig anzulegen. Man muß aber damit rechnen, daß viele Landwirte aus Unwissenheit und Unkenntnis von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch machen. Wird aber den Landwirten von vornherein ein wertbefähiges Zahlungsmittel gegeben, so werden sie eher bereit sein, ihre Kartoffeln herauszugeben.